

BÜRGERSCHAFTSWAHL: BREMENS VERTRETUNG IN BERLIN IST VIEL MEHR ALS EINE BOTSCHAFT

## BÜRGERSCHAFTSWAHL

### Es begann mit einer ausgebrannten Villa

Seit 1949 hat Bremen eine Bevollmächtigte oder einen Bevollmächtigten beim Bund. Nicht selten erwies sich das Amt als Sprungbrett für höhere Weihen.

**Karl Carstens**, der spätere Bundespräsident, war der erste Bevollmächtigte. Bremen hatte sich im beschaulichen Bonn ein Grundstück mit einer ausgebrannten Villa gesichert – für 150.000 DM. Carstens gilt als akkurater Mann, gepaart mit hanseatischer Sparsamkeit. Und er beweist Kampfgeist in einer Sache, die Bremen noch häufiger beschäftigen wird: die Frage der Selbstständigkeit. Es gibt Pläne, aus den elf Ländern fünf zu machen. Carstens kann erst Monate später Entwarnung geben.



Karl Carstens  
FOTO: ARCHIV

Er glänzt auf internationalem Parket, wird 1954 deutscher Gesandter beim Europarat.

Ein eher hemdsärmeliger Typ ist **Uwe Beckmeyer**. Der Bremerhavener vertritt von 1991 bis 1995 die Bremer Interessen am Rhein. Später wird er SPD-Landesvorsitzender, sitzt ab 2002 im Bundestag und ist von 2013 bis 2018 Staatssekretär im Wirtschaftsministerium.

Als Glücksfall für Bremen erweist sich Beckmeyers Nachfolger **Erik Bettermann**. Der versteht sich nicht als „Schreibtischbeamter“. Er kommt aus der Öffentlichkeitsarbeit und kümmert sich um das Bremer Image. Bettermann rettet die legendäre Bar „Kajüte“ aus der Bonner Villa und lässt sie in Berlin wieder aufbauen. 2001 wird er Intendant der Deutschen Welle.

War die Rolle des „Bremer Botschafters“ bis 2001 eine Männerdomäne – nur unterbrochen von 1988 bis 1991 durch Vera Rüdiger –, ist das Amt seitdem fest in weiblicher Hand. **Kerstin Kießler** bringt jede Menge Erfahrung mit. Sie war Sprecherin von Innenminister Otto Schily und Vertraute von Bundespräsident Johannes Rau. **Eva Quante-Brandt** folgt 2011. Die Personalie ist eine faustdicke Überraschung: Die Bildungspolitiklerin ist außerhalb Bremens kaum bekannt. Sie bleibt nur bis 2012 in Berlin, wird dann Bildungsministerin.

**Ulrike Hiller** wird neue Bevollmächtigte. Sie intensiviert die Öffentlichkeitsarbeit und setzt sozialpolitische Akzente. Hiller ist mittlerweile die dienstälteste Bevollmächtigte der SPD-regierten Länder und koordiniert deren Arbeit im Bundestag. Der Job macht ihr Spaß: „Ich würde diese tolle Aufgabe gerne weiterhin für Bremen übernehmen.“ NH



Ulrike Hiller  
FOTO: KOCH

der SPD-regierten Länder und koordiniert deren Arbeit im Bundestag. Der Job macht ihr Spaß: „Ich würde diese tolle Aufgabe gerne weiterhin für Bremen übernehmen.“ NH



**Joachim Wieland (67)** ist Professor an der Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer. Er gilt als Finanz- und Steuerexperte. Im Streit um den Länderfinanzausgleich war er Bremens Prozessbevollmächtigter.

**Nordrhein-Westfalen und Bayern haben am Dienstag angekündigt, gemeinsam für eine Stärkung der Länder gegenüber dem Bund kämpfen zu wollen. Schwächelt der Föderalismus?**  
**Joachim Wieland:** Ich glaube, dass der Föderalismus in Deutschland funktioniert. Er ist ein Erfolgsmodell. So haben nach der Wiedervereinigung die ostdeutschen Länder und die westdeutschen Länder im Bundesstaat ihren Platz gefunden, es besteht eine vernünftige Aufgabenteilung. Man muss andererseits sehen, dass ein Bundesstaat die politische und hoheitliche Macht begrenzt. Das schützt letztlich unsere Freiheit. Dies ist für mich ein ganz wesentlicher Gesichtspunkt.

# Lobby-Arbeit für das kleinste Bundesland



Zwischen Landwehrkanal und Tiergarten in der Hiroshimastraße steht Bremens „Botschaft“ in Berlin. Seit 20 Jahren repräsentiert sie den Zwei-Städte-Staat in der Bundeshauptstadt. FOTO: BBEE

VON NORBERT HOLST

Es war der 3. Dezember 2015, ein Donnerstag. In der Bremer Landesvertretung in Berlin sind die Ministerpräsidenten der Länder zusammengekommen. Es geht um viel, vor allem um viel Geld. Stundenlang diskutieren die Regierungschefs. Horst Seehofer, damals CSU-Ministerpräsident in Bayern, wird in der legendären Kellerbar „Kajüte“ mit deftiger Kost bei Laune gehalten. Ihm dauert alles viel zu lange, eigentlich wollte er schon abreisen.

Am frühen Abend gelingt dann doch noch der Durchbruch: Der Länderfinanzausgleich zwischen reichen und ärmeren Ländern soll komplett umgebaut werden. Nun soll die Umsatzsteuer neu verteilt werden, damit Gebirgsländer wie Bayern und Hessen entlastet werden. Um diese Reform zu ermöglichen, müsste der Bund allerdings mehr als neun Milliarden Euro pro Jahr bezahlen. Und es gibt eine gute Nachricht für Bremen: Annähernd 500 Millionen Euro könnte das Land jährlich als Finanzspritze einkalkulieren. Doch die Bundesregierung reagiert kühl auf den Vorschlag der Länder. „Wir haben die Dokumente entgegen genommen“, sagt Kanzlerin Angela Merkel (CDU) schmallippig. Und Finanzminister Wolfgang Schäuble sträubt sich hartnäckig, dem Finanzmodell zuzustimmen.

Ein Jahr später, am 8. Dezember 2016, kommt es zur entscheidenden Verhandlungsrunde im Kanzleramt. Wieder wird es eine Marathon-Sitzung, erneut spielt Seehofer eine wichtige Rolle. Am späten Abend wird es ihm zu bunt, laut Augenzeugen warnt er Schäuble: „Entweder es kommt jetzt zu einer Einigung, oder ich hol’ den Kretschmann (Anmerkung:

Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Grüne) und geh’ zur Kanzlerin.“ Um Punkt null Uhr beendet Merkel den Verhandlungsspok. Bremen bekommt die erhoffte Finanzspritze. Bürgermeister Carsten Sieling (SPD) jubelt: „Das ist eine fundamental wichtige Entscheidung. Zum ersten Mal seit 40 Jahren hat Bremen eine finanzpolitische Perspektive.“

„Das war der Hammer“, erinnert sich Ulrike Hiller, Staatsrätin und Bevollmächtigte Bremens beim Bund und für Europa. Bei diesem Deal war die hohe Kunst der Diplomatie gefragt. Staatskanzlei und Landesvertretung nutzen ihre speziellen Kanäle, SPD und Grüne kümmern sich jeweils um die Partischiene. Vor allem die Drähte und Kontakte in Berlin sind für ein kleines Land wie Bremen enorm wichtig. Nicht zuletzt für die Arbeit im Bundestag. Doch da gab es auch bittere Pillen zu schlucken. So im Juli 2017, als ein Vorstoß zur Einführung von Cannabis-Modellprojekten krachend scheiterte. Und erst vor wenigen Wochen fand eine Länderinitiative für eine ersatzlose Streichung des Paragraphen 219a („Werbung“ für Abtreibungen) keine Mehrheit. Initiator war unter anderem Bremen. Den Niederlagen stehen aber auch Erfolge gegenüber. Ob Sprachkurse für Asylbewerber, Abbiegeassistenzsysteme für Lkw oder höhere Freibeträge für Vereine – Bremen nutzte den Bundesrat als politische Bühne.

Das war nicht immer so. Noch vor einigen Jahren gab es in der Landesvertretung Klagen, dass sich Bremen zu sehr in hanseatischer Zurückhaltung übe. „Bremen ist aktiver geworden“, bilanziert Hiller die vergangenen Jahre. Dabei spielen Parteifarben immer seltener eine Rolle. Die Staatsrätin: „Es ist lebendiger und bunter geworden, allerdings auch schwieriger.“ Mittlerweile sind zehn verschiedene Re-

gierungskonstellationen in der Länderkammer vertreten – das gab es noch nie. Als Folge dieser Vielfalt sind Bündnisse über Parteigrenzen hinweg einfacher geworden. Geht es etwa um die Häfen, ziehen die Küstenländer Bremen (Rot-Grün), Hamburg (Rot-Grün), Niedersachsen (SPD/CDU), Schleswig-Holstein (CDU/Grüne/FDP) und Mecklenburg-Vorpommern (Große Koalition) an einem Strang. Hiller: „Wir schauen bei jeder Initiative im Bundesrat ganz genau hin, was unsere Bremer Interessen sind.“

Rund 30 Menschen arbeiten in der Landesvertretung im Berliner Diplomatenviertel. Primäre Aufgabe für Hiller und ihr Team ist es, Bremens politische Interessen in der Hauptstadt zu vertreten – sei es auf Ministerkonferenzen, im Kanzleramt oder im Bundestag. Die „Botschaft“ an der Spree soll auch die Vielfalt des Zwei-Städte-Staates repräsentieren, mit Vorträgen, Lesungen, Kunst und Previews der Bremer „Tatort“-Folgen. 2018 gab es im Haus mit der Speckflagge mehr als 370 Veranstaltungen. „Ich bin Eventmanagerin, Hausdame,

Frühstücksdirektorin, Restaurantbesitzerin und Hoteldirektorin“, mit diesen Worten hat einst Kerstin Kießler, Hausherrin in den Jahren 2001 bis 2011, ihren Job geschildert.

Auch bei einem eventuellen Regierungswechsel nach der Bremen-Wahl dürfte sich an den Aufgaben nur wenig ändern. Alle Parteien nennen in ihren Wahlprogrammen Themen, die sie im Bundesrat anstoßen wollen. So fordert die CDU eine Beteiligung des Bundes an der Hochschulfinanzierung, die Linke will die Schuldenbremse abschaffen, die FDP setzt sich für ein elternunabhängiges Bafög ein.

Über Parteigrenzen hinweg gilt noch immer, was Bremens Bürgermeister Arnold Duckwitz (1802-1881) in seinen „Denkwürdigkeiten“ von 1877 geschrieben hat: „Ein kleiner Staat wie Bremen muss die öffentliche Meinung für sich haben. Er darf nie als Hindernis des Wohlergehens der Gesamtheit der Nation erscheinen. Vielmehr soll er seine Stellung in solcher Weise nehmen, dass seine Selbstständigkeit als ein Glück für das Ganze, seine Existenz als eine Notwendigkeit angesehen wird.“



Auf dem Weg zum großen Wurf für Bremen: Am 3. Dezember 2015 verhandelt Bürgermeister Carsten Sieling, damals Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz, mit Kanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble. FOTO: KAPPELLER/DPA

## „Bremen sollte unbedingt auf seine Selbstständigkeit beharren“

**Im Bundesrat sind gegenwärtig zehn verschiedene Regierungskonstellationen vertreten. Ist das für die Arbeit der Länderkammer eher ein Vorteil oder ein Nachteil?**

Das kommt darauf an. Wenn es um die Schnelligkeit bei der Lösung politischer Probleme geht, ist es ein Nachteil. Ein so zersplitterter Bundesrat erschwert das politische Geschäft. Es zwingt aber auch zum Kompromiss und dazu, dass sich Politiker zusammenraufen müssen. Schauen Sie sich etwa gegenwärtig Großbritannien an: Dort gibt es eine scharfe Trennung der politischen Lager, es gibt entweder Schwarz oder Weiß – und nichts dazwischen. Unter solchen Umständen ist ein Kompromiss kaum möglich.

**Bietet diese Gemengelage für ein kleines Land wie Bremen neue Chancen?**

Dadurch gewinnt der Bundesrat insgesamt an Bedeutung. Die Koalition im Bundestag kann nicht einfach Lösungen vorschreiben, sondern sie muss die verschiedenen Regierungen im Bundesrat berücksichtigen. Damit gewinnt in der Tat auch ein kleines Bundesland wie Bremen eher an Bedeutung und Einfluss, weil

es im Bundesrat Verhandlungen gibt. Und da ist Bremen unter 16 Ländern gleichberechtigt.

**Aus Bremer Sicht war 2015/16 die Einigung in den Bund-Länder-Finanzbeziehungen besonders wichtig. Rund 500 Millionen Euro pro Jahr bekommt das Land bis 2035. Bricht damit für Bremen eine neue Epoche an? Oder ist es zu wenig zum Leben, zu viel zum Sterben?**

Ich glaube schon, dass Bremen im Kern gesund ist. Das Land muss nicht sterben und kann mit der gefundenen Lösung leben. Allerdings können immer mal wieder Finanznöte auftauchen, denn ein kleines Land hat besondere Ausgabenlasten zu tragen. Aber insgesamt sollte durch die Neuordnung der bundesstaatlichen Finanzen die Situation für Bremen leichter werden. Das ist eine gute Grundlage für die Zukunft.

**Im Wahlkampf wird gegenwärtig heftig über die Frage diskutiert: Sollte Bremen dieses Geld investieren oder besser den Schuldenabbau vorantreiben? Was sagt der Experte?**

Auch in diesem Punkt kann man nicht einfach mit Schwarz oder Weiß antworten. Natürlich

muss man versuchen – soweit das geht – die Schulden zu verringern. Aber man kann andererseits nicht ausschließlich auf den Abbau des Schuldenbergs schauen. Natürlich ist es auch sinnvoll, in die Zukunft zu investieren, genauso wie es etwa Unternehmen machen. Das Geld sollte für beide Aufgaben verwendet werden.

**Kommen wir auf die Zukunft zu sprechen. Sind 16 Bundesländer nicht doch ein paar zu viel?**

Würde man einen Bundesstaat ganz neu konzipieren, würde man sicherlich nicht auf die Zahl von 16 Bundesländern kommen. Aus verwaltungswissenschaftlicher und wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive käme man mit einer geringeren Zahl möglichst gleichstarker Länder aus. Aber der Bundesstaat ist nicht auf dem Reißbrett entworfen worden, er ist geschichtlich gewachsen. Und dieses historisch gewachsene Gebilde hat sich bewährt. Wir stellen eine hohe Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihren Ländern fest, sie nimmt sogar zu. Das stärkt am Ende die Stabilität unseres politischen Systems. Auch wenn 16 Länder nicht die ideale Lösung sind:

Es ist die Lösung, an der man festhalten sollte und nach meiner Einschätzung auch festhalten wird.

**Alle Jahre wieder wird die Eigenständigkeit des Landes Bremen in Frage gestellt. Sollte der Stadtstaat auf seine Selbstständigkeit pochen? Oder hätte ein Nordstaat beziehungsweise ein bremisch-niedersächsischer Zusammenschluss nicht doch einen gewissen Reiz?**

Bremen sollte unbedingt auf seine Selbstständigkeit beharren. So wie ich das von außen betrachtet erlebt habe, ist die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Stadtstaat ganz stark ausgeprägt. Das ist ein Wert an sich, der erhalten werden sollte. Die Bildung eines Nordstaates würde wirtschaftlich nichts verändern, die Schulden würden keinen Deut geringer werden. Man könnte allenfalls Verwaltungskosten einsparen. Aber der Verlust an Identität der Bevölkerung mit der Freien Hansestadt Bremen würde viel schwerer wiegen. Deshalb rate ich dringend davon ab, solche Neugliederungen ernsthaft zu verfolgen.

Das Gespräch führte Norbert Holst.